

- Vollzug des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) –

Allgemeinverfügung

zur Anordnung von Schutzmaßnahmen durch das Gesundheitsamt der
Landeshauptstadt Schwerin gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 2, 25 i.V.m. §§ 29, 30
Infektionsschutzgesetz

- „Sportgymnasium Schwerin“ –

Judo-Trainingsgruppen

vom 14.04.21

I. Adressaten dieser Allgemeinverfügung sind

1. Alle Schüler/-innen der **Judo-Trainingsgruppen** des **Sportgymnasiums Schwerin**, Von-Flotow-Str. 20, 19059 Schwerin, welche am Donnerstag, **08.04.2021** und/oder am Freitag, **09.04.2021** im Judo-Training anwesend waren.
2. Ausgenommen sind Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte oder sonstige Beschäftigte unter Ziff. I. 1 genannten Schule, die positiv auf SARS-CoV-2 getestet wurden. Gegenüber letztgenannten Personen erfolgt eine separate Anordnung der Maßnahmen.

II. Anordnungen

1. Die unter I.1. genannten Personen sind direkte Kontaktpersonen bzw. Ansteckungsverdächtige zu einer mit Coronavirus SARS-CoV-2 infizierten bzw. an COVID-19 erkrankten Person aus o.g. Schule.
2. Gegenüber den unter I.1. genannten Personen wird, unabhängig vom Vorliegen von Symptomen und bis zum Ende der voraussichtlichen Inkubationszeit von 14 Tagen (Zeit in welcher bei den Kontaktpersonen die Erkrankung noch auftreten kann), eine Absonderung in der Häuslichkeit (häuslichen Quarantäne) angeordnet.

Dieses betrifft zunächst den Zeitraum bis einschließlich 23.04.2021 24:00 Uhr.

3. Direkte Kontakte innerhalb der Familie und im Freundeskreis (häusliche Quarantäne/ Absonderung) haben in dieser Zeit, soweit möglich, zu unterbleiben.
4. **Es wird eine PCR-Testung auf SARS-CoV-2 am Donnerstag, den 15.04.21, in der Zeit von 10.15 Uhr bis 11.00 Uhr in der Molkereistraße 3, 19053 Schwerin sowie am vorletzten Tag der häuslichen Quarantäne, am Donnerstag, den 22.04.2021, angeordnet.** Über Uhrzeit und Ort des 2. Testes werden Sie in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt über die Leitung der Schule rechtzeitig informiert.
5. Ist eine ärztliche Behandlung erforderlich, haben die unter I. genannten Personen, den Hausarzt oder den Bereitschaftsdienst (Rufnummer 116117) telefonisch zu kontaktieren. Bei schwerer Symptomatik ist die Rettungsleitstelle bezüglich der Notwendigkeit des Notarzteeinsatzes (112) oder telefonisch die Notaufnahme des Krankenhauses zu benachrichtigen.
6. Sollten die unter Punkt 1 bis 5 genannten Regelungen nicht anordnungsgemäß ausgeführt werden, wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von 500 € bis 2.000 € angedroht.
7. Sofern Krankheitssymptome auftreten (z. B. Hals-, Kopf-, Gliederschmerzen, Fieber, Husten und/oder Verlust von Geschmacks-/Geruchssinn), ist unverzüglich das Bürgertelefon unter der Rufnummer 0385/ 545-3333 zu informieren.
8. Bereits telefonisch angeordnete Absonderungen in der Häuslichkeit gegenüber den Personen unter I.1. werden nach § 49 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG M-V widerrufen. Die Anordnungen unter 1. bis 7. sind anzuwenden.

III. Vollziehbarkeit

Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar, § 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG. Widerspruch und Anfechtungsklage haben somit keine aufschiebende Wirkung. Diese Anordnungen müssen auch dann befolgt werden, wenn sie mit einem Rechtsmittel angefochten werden.

Zur Begründung wird auf untenstehende Ausführungen verwiesen. Die sofortige Vollziehung ist insbesondere auf Grund der schnellen Verbreitung und der hohen Virulenz des COVID19-Erregers erforderlich. Maßnahmen des Infektionsschutzes müssen sofort umgesetzt werden, eine Verzögerung der Umsetzung angeordneter Maßnahmen kann die Gesundheit und das Leben von Menschen erheblichen Gefahren aussetzen.

größer und folgenschwerer der möglicherweise eintretende Schaden ist (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteil v. 22.03.2012, Az. 3 C 16/ 11).

Aufgrund der besonderen Gefahr, die von dem neuartigen Erreger aufgrund seiner recht hohen Übertragbarkeit und den häufig schweren bis hin zu tödlichen Krankheitsverläufen für die öffentliche Gesundheit in Deutschland und weltweit ausgeht, sind an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung eher geringe Anforderungen zu stellen, so dass hier das Übertragungsrisiko aufgrund der Nähe zu der infizierten Person ausreicht. Ist danach eine Infektion der Kontaktpersonen anzunehmen, so stellt die Absonderung ein Mittel zur Verhinderung der weiteren Verbreitung der Krankheit dar, dessen Eignung durch frühere Erfahrungen gut belegt ist. Ein für den Betroffenen weniger einschneidendes, gleich geeignetes Mittel ist nicht ersichtlich.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der maximalen Inkubationszeit zwischen einer möglichen Ansteckung und dem ersten Auftauchen von Krankheitssymptomen unter Berücksichtigung des letzten Kontakts.

Die sich aus der Absonderung ergebenden Einschränkungen stehen nicht außer Verhältnis zu dem übergeordneten Ziel, eine Weiterverbreitung dieses Krankheitserregers in der Bevölkerung zu verhindern oder zumindest zu verzögern, um das Gesundheitswesen nicht zu überlasten und die erforderlichen Kapazitäten für die Behandlung der an COVID-19 Erkrankten, aber auch sonstiger Krankheitsfälle bereit zu halten. Auch im Schweriner Stadtgebiet ist das Infektionsgeschehen innerhalb kürzester Zeit stark gestiegen und trotz des bestehenden Lockdowns zuletzt nicht signifikant gesunken. Die Inzidenz mit derzeit 150,5 in Schwerin (Stand 13.04.21 16.40 Uhr Quelle: <https://www.lagus.mv-regierung.de/Gesundheit/InfektionsschutzPraevention/Daten-Corona-Pandemie/>) und die dynamische Entwicklung insb. lässt ohne Anordnung der Regelungen eine unkontrollierte Ausbreitung des Virusgeschehens und eine Überlastung des Gesundheitssystems befürchten. Zudem ist die Dynamik der Verbreitung einiger neuer Varianten (B.1.1.7 und B.1.351 und P.1) in einigen Staaten besorgniserregend. Auch in Deutschland sind seit Dezember 2020 Infektionen mit diesen Varianten bekannt geworden. Am 17.2.2021 hat das RKI einen Bericht zu den besorgniserregenden Varianten in Deutschland, insbesondere B.1.1.7, veröffentlicht, wonach diese Variante noch leichter von Mensch zu Mensch übertragbar ist, als bisher zirkulierende Varianten und eine höhere Reproduktionszahl aufweist, so dass ihre Ausbreitung

noch schwerer einzudämmen ist (vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Virusvariante.html).

Die Einschränkungen sind zudem erforderlich, um nach dem Stand der medizinischen Erkenntnisse besonders vulnerable Personengruppen vor einer Ansteckung mit SARS-CoV-2 zu schützen. Wegen der dynamischen Ausbreitung, die sich in den letzten Wochen und Tagen gezeigt hat, sind bei der Entscheidung die epidemiologischen Erkenntnisse zu berücksichtigen, dass bei Sozialkontakten die latente und erhöhte Gefahr einer Ansteckung besteht.

Die vorgenannten Beschränkungen tragen dem Schutz der Bevölkerung Rechnung, da sie eine Ansteckung einer größeren Anzahl von Menschen verhindern oder verzögern können. Auch wenn Kinder, Jugendliche und Heranwachsende weniger häufig von einem tatsächlichen Ausbruch der COVID-19-Erkrankung betroffen sind, können asymptomatisch infizierte Kinder, Jugendliche und Heranwachsende Überträger der SARS-CoV-2 Viren sein und dann auch besonders gefährdete Risikopersonen anstecken.

Zur Vermeidung der unkontrollierbaren Weiterverbreitung des SARS-CoV-2 Virus sind die angeordneten Quarantänemaßnahmen nicht zu vermeiden. Andere mildere, gleich wirksame Schutzmaßnahmen sind angesichts der Gefahrenlage nicht vertretbar. Insbesondere die rapide exponentielle Zunahme von Infektionen innerhalb kürzester Zeit hat zur Folge, dass eine singuläre Aufklärung aller weiteren ansteckungsverdächtigen Personen nicht abgewartet werden kann. Ansteckungen in anderen Gruppen der Einrichtung können nicht ausgeschlossen werden. Mit der Anordnung der häuslichen Quarantäne/ Absonderung wird den Belangen der betroffenen Personen so weit wie möglich Rechnung getragen.

Rechtsgrundlage für die Beobachtung und Kontaktaufnahme ist § 29 IfSG. Die angeordneten Maßnahmen sind notwendig, um festzustellen, ob sich das Ansteckungsrisiko realisiert hat und damit tatsächlich das Risiko einer Weiterverbreitung des Erregers in der Bevölkerung besteht, um ggf. weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen.

Rechtsgrundlage für die Anordnung des PCR-Testes ist § 25 IfSG. Danach kann das Gesundheitsamt Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial anordnen. In diesem Zusammenhang sind Abstriche von Haut und Schleimhäuten ausdrücklich benannt. Nach § 25 Abs. 5 IfSG werden die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit und der Freiheit der Person insoweit eingeschränkt. Bei der Testung handelt es sich um eine

notwendige Maßnahme, um zu gewährleisten, dass mögliche Infektionsketten schnell nachverfolgt und unterbrochen werden können, um eine weitere Ausbreitung des Virus nach außen zu kontrollieren. Das Testen asymptomatischer Kontaktpersonen ist auch vom RKI als wichtiger Baustein im Rahmen der Bewältigung der Pandemie benannt. Der Eingriff ist zwar unangenehm, aber nicht gravierend und auch nicht gesundheitsgefährdend, so dass das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG im Verhältnis zu dem mit der Maßnahme verfolgten legitimen Ziel eines effektiven Infektionsschutzes als gering zu bewerten ist und gegenüber dem öffentlichen Interesse am Gesundheitsschutz der Bevölkerung und dem Schutz des Gesundheitssystems vor Überlastung zurücktreten muss. Nach den Vorgaben des RKI ist nicht auszuschließen, dass noch am 14. Tag nach dem Kontakt mit der Referenzperson eine Symptomatik auftreten könnte.

Rechtsgrundlage für das Zwangsmittel sind die §§ 79, 80 Abs. 1 Nr. 2, 86 Abs. 1 Nr. 1, 88 Abs. 1 Nr. 1 M-V in Verbindung mit § 110 des Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens ist das Zwangsgeld das geeignete, erforderliche und auch angemessene Zwangsmittel, da zu gewährleisten ist, dass Sie die angeordneten Maßnahmen ausführen.

Der Widerruf der bereits angeordneten Absonderungen ist erforderlich, um einen Gleichlauf aller häuslichen Absonderungen zu erreichen. Würden einzelne Personen vorzeitig aus der Absonderung entlassen werden, könnte das die gesellschaftliche Akzeptanz der gesamten Maßnahmen beeinträchtigen und damit die Effektivität des vorgehend angeordneten untergraben.

Ein milderes Mittel zur Erreichung des vorgenannten Zieles ist nicht erkennbar. Ersatzvornahme oder unmittelbarer Zwang sind unzumutbar und würden nicht zum Erfolg führen. Die Zwangsmittel der Ersatzvornahme oder des unmittelbaren Zwanges sind in ihrer Eingriffsintensität intensiver, sodass lediglich das Zwangsgeld erforderlich und zugleich angemessen ist. Die Angemessenheit ergibt sich daraus, dass der Zweck der Vornahme der erstrebten Handlungen, durch das Mittel, die Androhung des Zwangsgeldes, am effektivsten erreicht werden kann. Die Höhe des Zwangsgeldes ist ebenfalls angemessen. In Anbetracht des erstrebten Ziels des Bevölkerungsschutzes und des dazu gewählten Mittels, nämlich der Duldung der Beschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit für einen befristeten Zeitraum ist das Zwangsgeld in der angedrohten Höhe erforderlich. Das erstrebte Ziel in

Rechnung stellend, ist davon auszugehen, dass durch die Höhe des Zwangsgeldes eine ausreichend starke Motivation hergestellt werden kann, die geforderten Maßnahmen umzusetzen. Das Zwangsgeld ist dabei so bemessen, dass die Lebensführung nur in einer den Zweck fördernden Weise eingeschränkt wird.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach der öffentlichen Bekanntgabe Widerspruch beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin erhoben werden. Ein Widerspruch hat wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung jedoch keine aufschiebende Wirkung.

Schwerin, den 14.04.2021
Datum der Ausfertigung

Dienstsiegel



Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Schwerin

R. Badenschier
Dr. Rico Badenschier

Im Internet unter www.schwerin.de/bekanntmachungen am 14.04.2021 veröffentlicht.